

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

69

Wien, am 1. März 1935.

Bedeutsame Beschlüsse der Wiener Bürgerschaft.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute eine nichtöffentliche Sitzung ab, in der Bürgermeister Richard Schmitz über das Finanzabkommen mit dem Bunde, die Uebernahme der 36 Kilometer langen Bundesstrassen im Stadtgebiete durch die Stadt Wien, die Aufnahme eines Schatzscheinkredites von 40 Millionen Schilling und über die Erweiterung und Ergänzung des Investitionsprogrammes berichtete.

Errichtung eines zentralen Obst- und Gemüsegrossmarktes.

Die Verwaltung der Stadt Wien hat noch wichtige Aufgaben zu lösen. Vor allem erfordern die gegenwärtigen Verhältnisse auf den Obst- und Gemüse - märkten eine durchgreifende Reform. Wie Bürgermeister Schmitz ausführte, bestehen gegenwärtig in Wien drei solche Märkte, bei denen der Gross- und Detailverkauf sich immer wieder vermischen und die Preisbildung ungleichmässig ist. Schon seit geraumer Zeit ist es Absicht des Bürgermeisters, hier einen durchgreifenden Wandel zu schaffen. Die schwierigste Frage ist die Wahl des Platzes. Nach eingehender Prüfung hat er neben anderen Flächen den heute zum Grossteil verödeten Lastenbahnhof der Ostbahn als hierfür geeignet erachtet. Besprechungen mit der Bundesbahndirektion sind bereits aufgenommen, die den Ankauf des Platzes zu einem vom Standpunkte der Stadt Wien vertretbaren Preise zum Ziele haben. Sollten die Verhandlungen nicht von Erfolg begleitet sein, so ist dennoch auf einem anderen Platze mit dem Beginn der Arbeiten zur Errichtung eines zentralen Obst- und Gemüse^{gross}marktes voraussichtlich noch in diesem Jahre zu rechnen.

Der Wiener Hausreparaturfonds.

Der Wiener Bürgerschaft lagen auch Gesetzentwürfe zur Beratung vor. Der eine Gesetzentwurf betrifft die Fortsetzung der Aktion des ursprünglich bloss für 1934 vorgesehenen Hausreparaturfonds. Die Fondsdauer wird nach der Vorlage auf unbestimmte Zeit verlängert; das Ende der Aktion wird durch Verordnung des Bürgermeisters festgesetzt werden. Seine Mittel erhält der Hausreparaturfonds vom Bund und von der Stadt Wien; die gegenwärtig darüber geführten Verhandlungen mit der Bundesregierung verlaufen durchaus aussichtsreich. Da die Stadt Wien bereits erklärt hat, aus dem 40 Millionen-Kredit einen Betrag für den Hausreparaturfonds zur Verfügung zu stellen, kann bereits heute festgestellt werden, dass der Fonds, dem aller Voraussicht nach mindestens die gleichen Geldmittel wie im Jahre 1934 zur Verfügung stehen werden, schon in der nächsten Zeit seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Regelung der Zuschläge zu den Bundesgebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten.

Der zweite Gesetzentwurf sieht die Herabsetzung der Gemeindegzuschläge zu den staatlichen Wettgebühren vor. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pferderennen für Fremdenverkehr und Gewerbe sowie für die Pferdezucht kann kaum ein Zweifel bestehen. Rund tausend Menschen finden gegenwärtig dabei ihre Beschäftigung; die Modefirmen, viele Hilfgewerbe und das Taxigewerbe würden unter der Einstellung der Rennen schwer zu leiden haben. Die Bundesregierung hat aus diesem Grunde im Jahre 1926 die staatlichen Wettgebühren herabgesetzt, während die früher Gemeindeverwaltung die Zuschläge um die Hälfte erhöht und damit auf ein Ausmass gebracht hat,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

wie es in keinem anderen Bundesland besteht. Die gegenwärtige Krise wirkt sich natürlich auch auf die Rennbetriebe in einem ganz gewaltigen Umfange aus, so dass, wenn nicht rechtzeitig Hilfe kommt, mit ihrer Einstellung gerechnet werden muss. Aus allen diesen Erwägungen heraus schlägt die Wiener Stadtverwaltung vor, die ursprüngliche Zuschlagshöhe wieder herzustellen.

Die Wiener Bürgerschaft erteilte beiden Gesetzentwürfen ihre Zustimmung.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich auch mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses, Hausgehilfen mit langjähriger Dienstzeit durch die Stadt Wien zu ehren, und beschloss für diese Ehrung ein Statut, das die Ehrung für eine 25jährige ununterbrochene Dienstzeit bei einem Dienstgeber durch Verleihung eines Anerkennungsdiploms und einer Ehrengabe von 50 Schilling, die Ehrung für eine 50jährige Dienstzeit bei einem Dienstgeber durch Verleihung eines Anerkennungsdiploms und einer Ehrengabe von 100 Schilling vorsieht.

Schliesslich beschloss die Bürgerschaft den im Interesse der Sicherung der Wiener Wasserversorgung gelegenen Grundankauf im Einzugsgebiet der Ersten Wiener Hochquellenleitung, die Regelung der Lustbarkeitsabgabe der Wiener Privattheater mittels Steuerkarte und die Abschreibung von Zinsenansprüchen der Hoheitsverwaltung und der städtischen Unternehmungen an die Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der Gemeinde Wien.

*

Im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung hielt die Wiener Bürgerschaft unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Dr. Kresse eine öffentliche Sitzung ab, in der das Nachtragsbudget der Stadt Wien für 1934 und die Gesetzesvorlagen über die Herabsetzung von Zuschlägen zu den Bundesgebühren von Totalisateuren- und Buchmacherwetten und über die Aenderung der Bestimmungen über den Wiener Hausreparaturfonds beschlossen wurden.

Zum Tode des Landeshauptmannes Dr. Stumpf.

Bürgermeister Richard Schmitz hat an den Landesstatthalter von Tirol Gerber folgende Beileidsdepesche gerichtet: Der Hingang des Landeshauptmannes von Tirol, meines lieben Freundes Doktor Franz Stumpf, erfüllt auch mich mit tiefem Schmerz. Mit dem Volk Tirols trauere ich an der Bahre seines in Gefahr und Not erprobten Führers und entbiete namens der bundesunmittelbaren Stadt Wien und im eigenen Namen die Versicherung herzlichsten Mitgeföhles.
